

Ganz klar: Niedersachsen beginnt **vor Ort**

Kommunalwahlaufruf der CDU in Niedersachsen



Ganz klar.

Ganz klar: Niedersachsen beginnt vor Ort

Kommunalwahlaufruf der CDU in Niedersachsen

Beschluss des Landesparteitags der CDU in Niedersachsen am 20. Juni 2026

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort: Niedersachsen beginnt vor Ort | 2 |
| 1. Finanzielle Stabilität ist die Grundlage | 3 |
| 2. Bürokratie abbauen, Bürgerservice verbessern und Wirtschaft stärken | 4 |
| 3. Wohnen und Bauen ermöglichen | 6 |
| 4. Bildung beginnt in der Kommune | 7 |
| 5. Familien brauchen Verlässlichkeit | 8 |
| 6. Soziales und Gesundheit vor Ort stärken | 9 |
| 7. Sicherheit ist kommunale Realität | 11 |
| 8. Mobilität und Infrastruktur sichern | 12 |
| 9. Gemeinschaft stärken in Stadt und Land | 13 |
| 10. Wahlaufruf: Für starke Kommunen – Ihre Stimme für die CDU | 14 |

Vorwort: Niedersachsen beginnt vor Ort

Niedersachsen ist einzigartig – mit all seinen Facetten. Von der Nordseeküste bis zum Harz, von lebendigen Großstädten bis zu ländlichen Regionen mit weiten Wegen und kleinen Ortschaften. Niedersachsen ist Industrie- und Agrarland, Mittelstandsstandort, Tourismusregion und Wissenschaftszentrum zugleich.

Gerade diese Vielfalt ist unsere Stärke. Aber sie bedeutet auch: Politik darf nicht alles über einen Kamm scheren. Was in einer Großstadt funktioniert, passt nicht automatisch in eine Flächengemeinde im Wendland oder im Emsland.

Der Staat wird vor allem vor Ort erlebt – im Rathaus, im Bürgerbüro, in der Schule oder im Ehrenamt. Hier zeigt sich, ob Politik unterstützt oder ausbremst. Kommunen sind der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger staatliches Handeln unmittelbar wahrnehmen.

Für die CDU ist klar: Die kommunale Ebene braucht Vertrauen und Zutrauen. Städte, Gemeinden und Landkreise wissen am besten, welche Lösungen vor Ort funktionieren. Statt immer neuer Detailvorgaben aus Hannover braucht es Partnerschaft, Planungssicherheit und Gestaltungsspielräume.

Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche zusätzliche Standards, Berichtspflichten und Förderprogramme geschaffen. Viele dieser Regelungen führen dazu, dass kommunale Verwaltungen immer mehr Zeit mit Dokumentation und Verfahren verbringen, statt Probleme vor Ort zu lösen.

Gleichzeitig entsteht eine wachsende Schieflage zwischen Landeshaushalt und kommunalen Haushalten. Während viele Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Haushalte kaum noch ausgleichen können und Investitionen verschieben müssen, baut das Land Rücklagen und Sondervermögen weiter aus.

Wir wollen einen anderen Weg: mehr Vertrauen, weniger Bürokratie und eine echte Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Ganz klar: Starke Kommunen sind machbar – und sie sind der Schlüssel für ein starkes Niedersachsen.

1. Finanzielle Stabilität ist die Grundlage

Viele Kommunen stehen unter erheblichem Druck. Sozialausgaben steigen, Personalkosten wachsen und Baupreise sind seit 2020 deutlich gestiegen. Gleichzeitig kommen neue Aufgaben hinzu – etwa beim Ganzttag, bei Integration oder im sozialen Bereich. Für viele Städte, Gemeinden und Landkreise wird es dadurch immer schwieriger, ihre Haushalte auszugleichen und notwendige Investitionen umzusetzen.

Hinzu kommt ein erheblicher Investitionsstau. Bundesweit liegt er inzwischen bei über 160 Milliarden Euro – auch Niedersachsen ist davon betroffen. Schulen, Straßen, Brücken, Verwaltungsgebäude und Sportstätten müssen modernisiert werden. Ohne eine verlässliche finanzielle Grundlage droht kommunale Selbstverwaltung zunehmend auf das Verwalten von Pflichtaufgaben reduziert zu werden.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- **die Erhöhung der Steuerverbundquote um zwei Prozentpunkte und damit rund eine Milliarde Euro mehr für die kommunale Ebene**, damit Städte, Gemeinden und Landkreise wieder verlässlich planen und investieren können mit einem klaren Ziel: mehr finanzielle Eigenständigkeit vor Ort.
- **wer bestellt, bezahlt:** Neue Aufgaben für Kommunen nur mit voller Finanzierung. Die Kosten neuer Landesgesetze sollen künftig unabhängig ermittelt werden. Danach gilt: Das Land übernimmt die Kosten – oder verzichtet auf das Vorhaben.
- **die Neuauflage der kommunalen Zukunftsverträge zur Reduzierung kommunaler Kassenkredite**, verbunden mit klaren Konsolidierungsvereinbarungen und nachhaltiger Haushaltsführung.
- **den regelmäßigen strukturierten Austausch zwischen Land und Kommunen über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen**, damit notwendige Anpassungen frühzeitig und partnerschaftlich vorgenommen werden können.
- **den Einsatz für eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen**, damit Aufgaben, Verantwortung und Finanzierung wieder klarer zugeordnet werden und die kommunale Ebene dauerhaft handlungsfähig bleibt.
- die Einführung von **kommunalen Investitionsanreizen für KMU**, zum Beispiel reduzierte Grundsteuer bei Neuinvestitionen, Zuschüsse für Energieeffizienz und Digitalisierung.
- eine **Planungssicherheit** durch mehrjährige Finanzausgaben schaffen, damit Investitionen nicht jedes Jahr neu infrage stehen.

Ganz klar: Solide Finanzierung für unsere Kommunen ist machbar – und Voraussetzung für echte Selbstverwaltung.

2. Bürokratie abbauen, Bürgerservice verbessern und Wirtschaft stärken

Eine leistungsfähige kommunale Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und Beschäftigung. Unternehmen investieren dort, wo Genehmigungen planbar sind, Verfahren zügig ablaufen und Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Gerade für Mittelstand und Handwerk sind funktionierende Verwaltungsstrukturen entscheidend.

In vielen Kommunen erschweren jedoch komplexe Vorschriften, Berichtspflichten und Förderprogramme die Arbeit der Verwaltung. Das bindet Personal und verzögert Entscheidungen. Investitionen dauern länger, Genehmigungen werden komplizierter und wirtschaftliche Entwicklung wird gebremst.

Die CDU setzt deshalb auf einen Perspektivwechsel: Genehmigungsverfahren müssen deutlich schneller werden – mit verbindlichen Fristen, klaren Zuständigkeiten und mehr Vertrauen in die kommunale Ebene.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- die deutliche **Reduzierung der kommunalen Förderprogramme des Landes und die Überführung der Mittel in den Kommunalen Finanzausgleich**, damit Kommunen eigenverantwortlich über Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung entscheiden können.
- einen **Bürokratieabbau**, damit neue Landesgesetze keine zusätzlichen Bürokratielasten für Kommunen und Unternehmen erzeugen.
- die **Herausnahme der Kommunen aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz**, damit kommunale Investitionen schneller umgesetzt werden können und regionale Unternehmen bessere Chancen bei öffentlichen Aufträgen erhalten.
- die **Abschaffung unnötiger Schriftformerfordernisse**, damit Verwaltungsverfahren vollständig digital abgewickelt werden können.
- die konsequente Umsetzung des **“Einmal-reicht-Grundsatzes”**, damit Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen Daten gegenüber Behörden nur einmal angeben müssen.
- die Nutzung **bewährter Softwarelösungen** anderer Bundesländer und aus dem Markt, statt kostenintensiver Eigenentwicklungen.
- den **Einsatz KI-gestützter Systeme** zur Unterstützung von Verwaltungsverfahren, um Routinetätigkeiten zu automatisieren und Fachkräfte zu entlasten.
- landesweit **einheitliche Standards und kompatible IT-Systeme**, damit digitale Verwaltungsleistungen über alle Verwaltungsebenen hinweg reibungslos funktionieren und die IT-Sicherheit gewährleistet ist.“
- Anreize für kommunale **Mittelstandsoffensiven**

Ganz klar: Weniger Bürokratie und schnellere Verfahren sind machbar – und sie verbessern den Bürgerservice, stärken Wirtschaft, Arbeitsplätze und Investitionen vor Ort.

3. Wohnen und Bauen ermöglichen

Bezahlbares Wohnen ist eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. In vielen Regionen Niedersachsens steigt die Nachfrage nach Wohnraum, während Baukosten und Grundstückspreise zunehmen. Familien, junge Menschen und auch ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Menschen in jeder Lebenssituation suchen bezahlbare Wohnungen und Häuser.

Gleichzeitig berichten viele Kommunen, dass Bauvorhaben immer länger dauern. Bauen darf nicht länger an überlangen Verfahren scheitern. Hier braucht es klare Fristen und weniger unnötige Vorschriften.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- die **Erstattung der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum**, um Familien beim Erwerb eines Eigenheims zu entlasten.
- die **deutliche Beschleunigung von Bauleit- und Genehmigungsverfahren**, etwa durch digitale Bauanträge und verbindliche Bearbeitungsfristen.
- die **Aktivierung von Bauland durch klare Fristen, kooperative Lösungen und einen fairen Flächenausgleich**, um bezahlbaren Wohnraum vor Ort zu schaffen. Kommunen sollen mehr Spielraum bei der Ausweisung von Bauflächen erhalten.
- die **gezielte Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften**, um bezahlbaren Wohnraum vor Ort zu sichern, sowie die Abschaffung der gescheiterten rot-grünen Landeswohnungsgesellschaft, deren Aufgaben besser vor Ort wahrgenommen werden können.
- eine **Überprüfung landesrechtlicher Regelungen im Baubereich**, um alles zu streichen, was das Bauen unnötig verteuert und Baukosten zu senken.

Ganz klar: Bezahlbares Wohnen und zügiges Bauen sind machbar – wenn Verfahren schneller werden, unnötige Vorschriften abgebaut werden und Familien beim Eigentumserwerb entlastet werden.

4. Bildung beginnt in der Kommune

Bildungspolitik wird häufig auf Landesebene diskutiert. In der Praxis entscheidet sich jedoch vor allem vor Ort, ob Bildung gut funktioniert. Kommunen sind Schulträger und investieren in Gebäude, Sporthallen, Mensen und digitale Infrastruktur.

Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, gleichzeitig steigen die Anforderungen durch Ganzttag, Inklusion und Digitalisierung. Kommunale Schulträger und freie Schulträger brauchen deshalb klare Zuständigkeiten, verlässliche Finanzierung und praktikable rechtliche Rahmenbedingungen.

Die Bilanz der rot-grünen Bildungspolitik zeigt jedoch, dass Anspruch und Wirklichkeit häufig auseinanderfallen. Neue Vorgaben werden beschlossen, ohne dass Finanzierung und Umsetzung ausreichend geklärt sind. Kommunen müssen gesetzliche Ansprüche umsetzen, ohne dass Ressourcen oder rechtliche Klarheit rechtzeitig bereitstehen.

Statt immer neuer Ankündigungen braucht es eine verlässliche Partnerschaft zwischen Land und Kommunen und eine frühzeitige Einbindung der kommunalen Schulträger.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- eine **verlässliche Finanzierung des Ganztagsanspruchs** durch Land und Bund.
- klare **landesweite Erlasse und rechtliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Ganztagsanspruchs**, damit Schulträger frühzeitig planen, investieren und notwendige Strukturen verlässlich aufbauen können.
- ein **Digitalbudget für Schulen und Schulträger, mit dem digitale Infrastruktur, Wartung und IT-Support finanziert werden können** statt der landesweiten Tablet-Anschaffung durch Rot-Grün. Diese bringt dazu noch ungeklärte organisatorische und finanzielle Lasten mit sich.
- mehr **Flexibilität bei der Organisation von Ganztagsangeboten**, damit Kommunen lokale Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und sozialen Trägern besser nutzen können. Ganztagsangebote müssen dauerhaft durchfinanziert sein.
- **weniger bürokratische Vorgaben im Schulbau und bei Schulumbauten**, damit Kommunen notwendige Erweiterungen für Ganzttag, Digitalisierung und moderne Lernformen schneller umsetzen können.

Ganz klar: Gute Bildung ist machbar – mit klaren Zuständigkeiten und verlässlicher Finanzierung.

5. Familien brauchen Verlässlichkeit

Kommunale Politik prägt den Alltag von Familien. Ob Kita-Platz, Schulweg oder Freizeitangebot – viele Entscheidungen, die Familien betreffen, werden vor Ort getroffen. Städte und Gemeinden sorgen dafür, dass Betreuung, Bildung und Freizeitangebote erreichbar und verlässlich organisiert sind.

Gleichzeitig stehen viele Kommunen bei der Kinderbetreuung vor großen Herausforderungen. Der Bedarf an Betreuungsplätzen steigt, während gleichzeitig Fachkräfte fehlen. Viele Einrichtungen arbeiten bereits an der Grenze ihrer personellen Möglichkeiten.

Das Niedersächsische Kita-Gesetz hat in den vergangenen Jahren zusätzliche Standards geschaffen, ohne den Kommunen ausreichend Spielraum für pragmatische Lösungen zu geben. Starre Personalvorgaben erschweren es vielerorts, vorhandene Fachkräfte flexibel einzusetzen und Betreuungsangebote verlässlich zu organisieren. Andere Bundesländer zeigen, dass hier mehr Flexibilität möglich ist, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden.

Familien brauchen verlässliche Angebote, und Kommunen brauchen praktikable Rahmenbedingungen, um diese Angebote vor Ort sicherzustellen.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- die **Überarbeitung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes**, um bürokratische Vorgaben zu reduzieren und den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum bei der Organisation der Kinderbetreuung zu geben.
- die **Flexibilisierung der Fachkraftquote** nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, damit vorhandene Kita-Fachkräfte besser eingesetzt werden können und Betreuung auch bei angespanntem Personalmarkt verlässlich organisiert werden kann.
- den **konsequenten Ausbau der dualisierten Erzieherausbildung** und eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsplätze in Kitas, um mehr Nachwuchs frühzeitig und praxisnah für diesen wichtigen Beruf zu gewinnen.
- die verlässliche und **planbare Finanzierung der Kinderbetreuung**, damit Städte und Gemeinden dauerhaft ausreichend Betreuungsplätze bereitstellen können.
- die **Stärkung der Kindertagespflege** als wichtige Ergänzung zur Kita, insbesondere im ländlichen Raum und bei flexiblen Betreuungszeiten.

Ganz klar: Gute Rahmenbedingungen für Familien sind machbar – mit verlässlichen Angeboten und mehr Vertrauen in die Kommunen.

6. Soziales und Gesundheit vor Ort stärken

Eine gute Gesundheitsversorgung gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen für Lebensqualität. Gerade im ländlichen Raum wird jedoch zunehmend deutlich, dass medizinische Versorgung nicht überall selbstverständlich ist.

Hausarztpraxen finden vielerorts keine Nachfolger, Wege zu medizinischen Einrichtungen werden länger und Versorgungsstrukturen geraten unter Druck. Gleichzeitig steigt durch den demografischen Wandel der Bedarf an medizinischer Betreuung, Pflege und Beratung.

Kommunen erleben diese Herausforderungen unmittelbar. Sie kennen die Situation vor Ort und können dazu beitragen, neue Wege der Versorgung zu unterstützen und bestehende Strukturen zu stärken. Voraussetzung dafür ist, dass Land und Bund den Kommunen den notwendigen Handlungsspielraum geben.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- den **Ausbau des Delegationsmodells in der medizinischen Versorgung nach dem Vorbild der früheren Gemeindegewerkschaften**, etwa durch kommunale Gesundheitspflegerinnen und -pfleger, die Hausärzte unterstützen, aufsuchend arbeiten und bedürftige Menschen begleiten.
- die **Stärkung kommunaler sowie ärztlich geführter und von Kliniken getragener Medizinischer Versorgungszentren (MVZ)** sowie regionaler Gesundheitszentren zur Sicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung und deren Vernetzung.
- die **flächendeckende Hebammenversorgung**, durch wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen für Beleghebammen und eine praxisnahe Ausbildung zur Sicherung des Nachwuchses.
- eine **differenzierte Krankenhausplanung des Landes, die eine flächendeckende stationäre Grund- und Notfallversorgung in allen Landesteilen in den Blick nimmt**. Dabei ist dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land besondere Bedeutung beizumessen. Die **Krankenhausplanung darf nicht zu Lasten der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen gehen**. Kleine und mittlere Krankenhäuser sollen im Rahmen regionaler Versorgungskonzepte weiterentwickelt und durch sektorenübergreifende Versorgungsmodelle sowie eine bedarfsorientierte Investitions- und Finanzierungsstrategie des Landes gestärkt werden.
- einen **landesseitigen Liquiditätsfonds für Krankenhäuser in Niedersachsen**, über den das Land eigenkapitalgleiche Liquiditätskredite bereitstellt und Krankenhäuser unmittelbar von Kreditlasten entlastet, damit notwendige Investitionen und der laufende Betrieb bis zum Greifen der Krankenhausreform gesichert werden können.
- den Ausbau niederschwelliger **Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige**, die zu spürbaren Entlastungen im Alltag führen.

Ganz klar: Eine wohnortnahe und verlässliche Gesundheitsversorgung ist machbar, wenn wir Kommunen stärker einbinden und neue Versorgungsmodelle ermöglichen.

7. Sicherheit ist kommunale Realität

Sicherheit wird im Alltag erlebt – auf dem Heimweg, am Bahnhof oder im Wohnviertel. Wenn Menschen sich unsicher fühlen, wirkt sich das unmittelbar auf ihre Lebensqualität aus.

Kommunale Ordnungsbehörden, Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste sorgen täglich dafür, dass Sicherheit vor Ort gewährleistet ist. Gerade Städte und Gemeinden erleben unmittelbar, wo Probleme entstehen – etwa an Bahnhöfen, in Innenstädten oder bei größeren Veranstaltungen. Deshalb braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden und der Polizei sowie klare Zuständigkeiten.

Gleichzeitig verändern sich Sicherheitsanforderungen. Neue technische Möglichkeiten, bessere Vernetzung und moderne Ausstattung können dazu beitragen, Gefahren schneller zu erkennen und Einsatzkräfte gezielter zu unterstützen.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- den gezielten Ausbau von **Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten** und besonders sensiblen Orten, etwa an Bahnhöfen oder in Innenstädten, einschließlich moderner Analyseverfahren und des Einsatzes künstlicher Intelligenz zur schnelleren Auswertung von Bildmaterial.
- die engere und verbindlich geregelte **Zusammenarbeit zwischen Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden**, etwa durch gemeinsame Lagebilder, regelmäßigen Informationsaustausch und abgestimmte Einsatzkonzepte bei Veranstaltungen oder in Sicherheitslagen.
- die **engere und verbindlich geregelte Zusammenarbeit zwischen Polizei, kommunalen Ordnungsbehörden und Rettungsdiensten**, mit gemeinsamen Lagebildern, abgestimmten Einsatzkonzepten und klaren Informationswegen bei Gefahrenlagen.
- ein **landesweit abgestimmtes Konzept für den Katastrophenschutz**, das Zuständigkeiten klar regelt, Strukturen besser verzahnt und Kommunen bei Planung, Ausbildung und Ausstattung stärker unterstützt.
- gezielte **Stärkung der kommunalen Feuerwehren und des Katastrophenschutzes**, insbesondere durch einen höheren Anteil der Feuerschutzsteuer für Investitionen in Fahrzeuge, Ausrüstung und Ausbildung.
- den **Ausbau der Lehrkapazitäten an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK)**, damit ausreichend Ausbildungsplätze für Feuerwehr und Katastrophenschutz zur Verfügung stehen und Lehrgänge schneller angeboten werden können.
- die Förderung und Schaffung von **Begegnungsräumen**, insbesondere im ländlich strukturierten Raum.

Ganz klar: Mehr Sicherheit ist machbar – durch gute Zusammenarbeit, moderne Technik und eine starke Unterstützung unserer Einsatzkräfte.

8. Mobilität und Infrastruktur sichern

Mobilität ist Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie entscheidet darüber, ob Menschen zur Arbeit kommen, Kinder ihre Schule erreichen oder ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen spielen kommunale Straßen, Busverbindungen und neue Mobilitätsangebote eine zentrale Rolle. Gleichzeitig stehen viele Städte, Gemeinden und Landkreise vor erheblichen Herausforderungen: Infrastruktur muss saniert, Verkehrsangebote ausgebaut und neue Mobilitätsformen entwickelt werden.

Damit Mobilität auch in Zukunft zuverlässig funktioniert, braucht es verlässliche Finanzierung und praktikable Rahmenbedingungen für die kommunale Ebene.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- die **verlässliche und auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs**, damit Städte und Landkreise ihr Angebot stabil halten und weiterentwickeln können.
- die **Sicherstellung, dass die Finanzierung des Deutschlandtickets nicht zulasten des ÖPNV-Ausbaus in der Fläche geht**, damit insbesondere ländliche Regionen weiterhin ausreichend in Bus- und Bahnangebote investieren können.
- **flexible Mobilitätsangebote im ländlichen Raum**, etwa On-Demand-Verkehre oder ergänzende Rufbus-Systeme, um bestehende Linienangebote sinnvoll zu ergänzen.
- die Beibehaltung und den Ausbau von **Landesbuslinien**, um hierbei Kreis- und Landesgrenzen zu überqueren.
- die **stärkere und verlässliche Beteiligung des Landes an der Finanzierung kommunaler Straßen**, damit Städte und Gemeinden notwendige Sanierungen und Ausbaumaßnahmen langfristig planen und umsetzen können. Gleiches gilt für den Radwegebau.
- eine flächendeckende und **verlässliche Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum** ist die Grundvoraussetzung für das Gelingen der Antriebswende in unseren Kommunen und Landkreisen.
- den Ausbau der **digitalen Infrastruktur** und Smart-City-Initiativen.

Ganz klar: Verlässliche Mobilität für alle ist machbar – in der Stadt ebenso wie auf dem Land.

9. Gemeinschaft stärken in Stadt und Land

Das gesellschaftliche Leben in Niedersachsen wird in hohem Maße von ehrenamtlichem Engagement getragen. Vereine, Initiativen, freiwillige Feuerwehren und kulturelle Einrichtungen prägen das Leben in unseren Städten und Gemeinden.

Gerade in kleineren Gemeinden und ländlichen Regionen sind Vereine und Ehrenamt zentrale Orte des Zusammenhalts. Hier entstehen Begegnungen, Engagement und Verantwortung für das Gemeinwesen. Damit dieses Engagement bestehen kann, brauchen Vereine verlässliche Rahmenbedingungen und weniger bürokratische Hürden.

Die CDU steht **ganz klar** für:

- **weniger Bürokratie für Ehrenamtliche**, etwa durch vereinfachte Förderverfahren, weniger Nachweispflichten und praxisnahe Regelungen für Vereine und Initiativen.
- ein **verlässliches Sportstätteninvestitionsprogramm des Landes**, mit dem Städte und Gemeinden gemeinsam mit Vereinen Sporthallen, Sportplätze und Vereinsanlagen sanieren und modernisieren können.
- ein **erleichtertes Umnutzungsbaurecht für leerstehende Gebäude in Innenstädten und Ortskernen**, damit ehemalige Ladenflächen schneller für Wohnen, Gastronomie, Kultur oder Dienstleistungen genutzt werden können.
- die **gezielte Stärkung der Jugendarbeit in Vereinen und Initiativen**, etwa durch Unterstützung ehrenamtlicher Jugendleiter, bessere Fördermöglichkeiten und die stärkere Einbindung von Vereinen in Ganztagsangebote an Schulen.

Ganz klar: Starker Zusammenhalt vor Ort ist machbar – wenn wir Ehrenamt stärken und Vereine besser unterstützen.

10. Wahlaufruf: Für starke Kommunen – Ihre Stimme für die CDU

Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden sind das Fundament unseres Staates. Wenn sie handlungsfähig sind, wächst Vertrauen. Wenn sie überfordert sind, entsteht Unsicherheit. Niedersachsen braucht starke Kommunen – finanziell, organisatorisch und politisch.

Für uns ist klar: Gute Politik für Niedersachsen beginnt vor Ort. Kommunen brauchen keine Politik des Misstrauens, sondern Vertrauen und Zutrauen in ihre Kompetenz. Städte und Gemeinden wissen selbst am besten, welche Lösungen vor Ort funktionieren. Wer Verantwortung trägt, braucht auch die Freiheit, Entscheidungen treffen zu können.

Das Land darf Städte und Gemeinden nicht mit immer neuen Aufgaben und Vorgaben belasten, ohne für eine verlässliche Finanzierung zu sorgen. Kommunale Selbstverwaltung darf nicht ausgehöhlt werden. Sie muss gestärkt und mit Leben gefüllt werden. Im Bund setzen wir uns deshalb dafür ein, die kommunale Ebene spürbar zu entlasten – insbesondere bei Sozialausgaben sowie bei Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Die CDU in Niedersachsen tritt mit rund 4.000 Kandidatinnen und Kandidaten an, die vor Ort Verantwortung übernehmen. Sie engagieren sich in Vereinen, Feuerwehren, Elternvertretungen und sozialen Initiativen oder tragen bereits als Bürgermeisterinnen, Landräte und Ratsmitglieder Verantwortung. Sie kennen die Herausforderungen ihrer Städte und Gemeinden aus eigener Erfahrung und stehen für solide Finanzen, praktikable Lösungen und eine Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern dient.

Mit Ihrer Stimme stärken Sie Menschen, die ihre Kommune gestalten wollen – mit Augenmaß, Verantwortung und klarem Fokus auf das Machbare. Zugleich setzen Sie ein Zeichen gegen die Politik von Rot-Grün im Land, die die kommunale Ebene zunehmend belastet. Wir bauen auf Vertrauen statt Misstrauen, auf Zutrauen statt Bevormundung – und auf starke Kommunen als Fundament unseres Landes. Darum...

Ganz klar: Ein lebenswertes Niedersachsen ist machbar – mit starken Kommunen und zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern.

Ganz klar: Am 13. September CDU.